

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Neudruck Dresden.
Telefonnummer: 25 241.
Für die Nachdrucke: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Oktober 1926 bei ständiger zweimonatlicher Zustellung drei Haus 1.80 Mk.,
Vollbezugpreis für Monat Oktober 3 Mark ohne Postgebühren.
Einzelsnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite
Reihe 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne
Reihe 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reihenspalte 150 Pfg.,
außerhalb 200 Pfg., Offerteneintrag 10 Pfg. Klaus. Quittung ohne Vorzusatz.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Rechtlich nur mit schriftlicher Genehmigung „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unrechtmäßig beschlagnahmte Exemplare werden nicht übernommen.

Hotel Bellevue

Nachmittag-Tee mit Konzert.
Mittag- und Abend-Tafel im
Terrassen-Saal an der Elbe.
Bekannt, vornehme Tafelmusik.
Festsäle und Konferenzzimmer.

Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Seeckts Rücktrittsgesuch genehmigt.

Reichsfinanzminister und Reichswehrminister halten keinen Ausgleich für möglich.

Also doch!

Berlin, 8. Oktober. Der Reichspräsident hat das Rücktrittsgesuch v. Seeckts unter wärmster Anerkennung der vom General in Krieg und Frieden dem Vaterlande und dem Heere geleisteten hervorragenden Dienste genehmigt.

Der Reichspräsident hat den Generalobersten v. Seeckt heute erneut empfangen und ihm diese Anerkennung und seinen Dank persönlich zum Ausdruck gebracht.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichspräsidenten gegenüber seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß er den Standpunkt des Reichswehrministers teile und eine andere Lösung der Krise, als durch die Bewilligung des Abschiedsgesuches des Generalobersten v. Seeckt nicht für möglich halte.

Ueber Mittag wollte Reichswehrminister Dr. Gessler beim Reichspräsidenten.

Wie von gutunterrichteter Seite verlautet, hat General Seeckt gebeten, von seiner Verurteilung als Nachfolger des Generalobersten v. Seeckt auf den Posten des Chefs der Heeresleitung abzuharren.

Eine Note der Völkervereinigung?

Paris, 8. Okt. Der Rücktritt des Generalobersten von Seeckt beschäftigt auch weiterhin die französische Presse. Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ glaubt, die Angelegenheit sei die logische Folge der Vorgänge, die sich seit mehreren Jahren in der deutschen Armee abgespielt hatten. Generaloberst v. Seeckt habe jetzt den deutschen Staatsmännern die Möglichkeit geben wollen, mit einer gewissen Aufrichtigkeit den Delzweig von Locarno und Thoiry zu schwingen.

Der „Avenir“, der in der paneuropäischen Vereinigung eine neue deutsche Kriegsmaschine entdeckt hat, die die letzten französischen Positionen vernichten soll, verteidigt sich sogar zu der Behauptung, daß der Rücktritt des Generalen v. Seeckt eine böswillige Irreführung bedeute. Man wolle die guten Franzosen glauben machen, daß Deutschland ganz Unschuld und Pazifismus sei, und daß es jede Verquickung mit dem Militarismus breche.

Im Gegensatz zu den Erklärungen der übrigen Presse, nach denen angeblich ein Schritt der Völkervereinigung konferenz wegen des Aufenthalts des Prinzen Wilhelm in der Reichswehr erfolgen soll, erklärt das „Petit Journal“ es habe noch nicht fest, ob die Völkervereinigung die Absendung einer Note nach Berlin für notwendig halten werde. Der „Petit Parisien“ erklärt den Fall des Prinzen Wilhelm für eine offensivere Verletzung des Versailler Vertrages. General v. Seeckt habe wissentlich die Artikel 174 und 175 des Vertrages, die die kurzfristigen Engagements verbieten, übertreten. (T.-U.)

Die Vernehmung Gürtners in München.

München, 8. Oktober. In der heutigen Sitzung des Gemeinderats wurde die Vernehmung des Reichstages als erster Zeuge Regierungsrat v. Marx von der Münchner Polizeidirektion vernommen, der als Leiter der für Nordböhmen bestehenden Abteilung I mit dem Fall Hartung betraut worden war. Er erklärte, nach der Vernehmung des Brandl habe kaum mehr ein Zweifel an der Täterschaft der Verthold, Bauer und Genossen bestanden. Auf seinen Rat hin habe Staatsanwalt Kriegl die Haftbefehle erlassen. Einen besonders ungünstigen Eindruck habe Oberleutnant Braun gemacht. Ueber die Aufhebung der Haftbefehle sagt der Zeuge, er habe Kriegl und Kraus gegenüber nicht zurückgehalten mit seinem Bedenken gegen die Entlassung in einem Augenblick, wo das Verfahren fast bis zur vollen Aufdeckung der Täter gediehen war.

Justizminister Dr. Gürtner

wird sehr als Zeuge über die Unterredung vernommen, die er als Landgerichtsrat im Justizministerium am 14. März 1921 mit dem Staatsanwalt Kraus und Kriegl geführt hat. Er sollte an Stelle des Ministers den Bericht der Staatsanwälte über den Fall Hartung entgegennehmen. Kriegl habe objektiv über den Fall berichtet. Dann habe Staatsanwalt Kraus das Wort genommen und gesagt, er wolle die Haftbefehle nicht aufheben, aber sie auch nicht vollziehen, wenn nicht neue Verhandlungsmomente dazu kämen. Gürtner hat dann dem Justizminister darüber berichtet.

Als ich später, fuhr Zeuge fort, Justizminister wurde, drängte ich zunächst auf Erledigung der Fälle, ließ mich aber vom Staatsanwalt Kriegl überzeugen, daß es bedenklich wäre, ohne ganz entscheidendes Beweismaterial die Sache vor das Volksgericht zu bringen. 1924 wurde uns bekannt, daß Braun und Lillien in Ungarn befänden. Wir stellten an Ungarn das Auslieferungsgesuch, aber die ungarische Regierung lehnte ohne Begründung nicht nur die Auslieferung der Person ab, sondern auch die Mitteilung des Protokolls über die Vernehmung des Braun. Zurzeit schwebt wieder eine Auslieferungssache mit einem anderen Bande, über die ich hier nicht sprechen will, weil eine Entscheidung noch nicht ergangen ist. Diese Sache betrifft einen der genannten beiden Beschuldigten. Auf Befragen erklärte der Minister, Dr. Gademann habe ihn einmal aufgesucht und die Befürchtung geäußert, daß bei den polizeilichen Fahndungen in der Hartung-Sache auch Dinge an die Öffentlichkeit kommen könnten, die den Staatsinteressen abträglich seien. Bei der Berichterstattung der Staatsanwälte habe sich aber gezeigt, daß bei der Aufklärung der Mordfälle die mit Waffentransporten zusammenhängenden Dinge gar nicht berührt zu werden brauchten.

Der Minister sagte weiter, nach seiner Ueberzeugung sei der Besuch der Augsburger Staatsanwälte mit Wissen und Willen des Ministers Roth erfolgt. Roth habe sich für die Frage interessiert, ob bei dem Verfahren Angelegenheiten der Entwaffnung erörtert werden müßten.

Rüpfelnen im Preußenparlament.

Die Sitzung wegen kommunistischen Kräftecks verlag.
Berlin, 7. Okt. Im Preussischen Landtag kam es heute nachmittags wieder einmal zu größerem Radau, als in Verantwortung einer kommunistischen Anfrage über die Weiterverfolgung der ausgegrenzten Erwerbslosen ein Regierungsvertreter erklärte, man sei hierbei an die Reichsregierung gebunden. Die Kommunisten begannen sofort mit wildem Geschrei und beleidigenden Anschuldigungen gegen den abwesenden Wohlfahrtsminister. Als ein deutschnationaler Redner dann zum Thema der Arbeitslosigkeit anführte, daß die Erwerbslosigkeit in den Schichten aller Parteien groß sei und daß es deshalb kein Monopol der Kommunisten sein könne, über die Erwerbslosigkeitsfrage zu klagen, zumal den Erwerbslosen mit Worten nicht geholfen werde, begannen die Kommunisten den Kräfteck zu beleidigen. Als der Redner nun gar anführte, daß ein rheinisch-westfälisches Blatt melden müßte, daß im Ruhrgebiet Arbeiter sich weigerten, eine bestimmte Tätigkeit auszuführen und die Unternehmer sogar bedrohten, verfielen die Kommunisten in ein wildes Wutgeschrei, das der Präsident vergeblich mit seiner Klode zu überdönen versuchte. Er sah sich schließlich genötigt, eine ganze Anzahl Kommunisten zur Ordnung zu rufen und einen kommunistischen Abgeordneten wegen fortgesetzter beleidigender Paraphrasen von der Sitzung auszuschließen. Dieser Kommunist hatte dem Redner zugerufen, daß er das nächste Mal einen Knüttel mitbringen und ihn dem Redner in die „Presse“ werfen würde. Der Rärm hielt minutenlang an, so daß der deutschnationale Redner nicht zu verfehen war. Erst als der Präsident dann die Sitzung abbrach und die Weiterberatung auf Freitag verlag, beruhigten sich die kommunistischen Schreihäute.

Die Neugründung des Deutschen Beamtenbundes.

Zusammenschluß des Deutschen Beamtenbundes mit den deutschen Beamtengewerkschaften.

Berlin, 8. Okt. Der heutige zweite Verhandlungstag des deutschen Beamtenbundes war einer großen Kundgebung für den Zusammenschluß des Deutschen Beamtenbundes und des Gesamtverbandes deutscher Beamtengewerkschaften gewidmet. Reichsfinanzminister Dr. Marx, Reichsminister Dr. Seeckt, der preussische Ministerpräsident Braun und zahlreiche andere Beamte waren erschienen. Der Bundesvorsitzende Hülshausen wies in seiner Begrüßungsansprache einleitend auf den denkwürdigen Vorgang in der Geschichte der deutschen Beamtenschaft hin, den die Einigung der beiden Verbände darstelle. Der formelle Vollzug der Einigung ist gestern Abend erfolgt. Der Redner gab dann die großen Leistungen an, die für die Politik des D. B. B. richtunggebend sein sollen:

Staat und deutsche Beamtenschaft bedingen einander und sind in ihrem Wirken unbedingte aufeinander angewiesen. Es ist die Pflicht jedes Beamten, die Verfassung von Weimar und die Gesetze zu schützen. Auch der neue Beamtenbund ist staatsbehaltend, staatsfördernd. Er wird in seinen Reihen keine Bestrebungen dulden, die auf eine Verneinung des Staatsgedankens hinauslaufen. (Lebh. Beifall.) Der neue Bund stellt auf dem Boden der republikanischen Verfassung des Reiches und der Länder und ist gewillt, im Geiste dieser Verfassung zu handeln und jeder Verletzung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. (Weil.) Auch der neue Bund ist parteipolitisch und konfessionell neutral. Die Unabhängigkeit der deutschen Beamten erfordert die Erhaltung des Beamtentums auf öffentlich-rechtlicher Grundlage, auf Grund der in der Reichsverfassung festgelegten Rechte und unter Sicherung einer menschen- und kulturwürdigen Existenz für jeden Beamten. Der D. B. B. steht sich mit allen Kräften für eine freibeiwillige, kulturelle und soziale Entwicklung ein. Die Behauptung, der Beamtenbund wäre Gegner der freigewerkschaftlichen Richtung, ist unzutreffend.

Der Vorsitzende der Deutschen Beamtengewerkschaften, Gutschke, bekräftigte seine völlige Uebereinstimmung mit den vom Vorredner angegebenen Richtlinien. Dann wurde folgender Antrag unter stürmischem Beifall angenommen:

„Die am 8. Oktober 1926 in Berlin versammelten gewählten Vertreter der im Deutschen Beamten-Bund und dem Gesamtverband Deutscher Beamtengewerkschaften organisierten Mitglieder konstituieren sich als Gründungsversammlung des durch den Zusammenschluß der vorgenannten Spitzenorganisationen entstandenen neuen gewerkschaftlichen Bundes und geben diesem den Namen

Deutscher Beamten-Bund.

Der Bund macht die Satzungen des seitherigen Deutschen Beamten-Bundes, einschließend der mit dem Gesamtverband Deutscher Beamtengewerkschaften vereinbarten Änderungen,

an den seinigen. Desgleichen übernimmt er dessen Programm. Ueber notwendige Änderungen der Satzung erfolgt Beschluß im Verlauf der Tagung. Der neue Bund übernimmt die Aktiven und Passiven, sowohl des seitherigen D. B. B. als auch des Gesamtverbandes der Deutschen Beamtengewerkschaften, wie die sonstigen sich aus den beschlossenen Vereinigungsverträgen ergebenden Rechte und Pflichten. Er ist der Rechtsnachfolger beider vorgenannten bisher selbständigen Spitzenorganisationen.“

Reichsfinanzminister Marx

führte darauf aus: Selten sei er der Einladung zur Konstituierung einer neuen Organisation so freudig gefolgt wie am heutigen Tage. Der deutsche Volksstaat habe mit der Neugründung des deutschen Beamtenbundes einen bedeutenden Schritt vorwärts getan zu seiner Festigung und Stärke. Die Reichsregierung habe allen Anlaß, jenen, die zu dieser bedeutungsvollen Staatsaktion beigetragen haben, herzlichsten Dank auszusprechen. Er verbande lieber mit einer Stelle als mit zwölf Stellen, von denen jede die andere zu übertrumpfen suche. Bei dem gesunden Sinne der deutschen Beamtenschaft sei er überzeugt, daß alle solchen und noch zu lassenden Beschlüsse im Sinne des ganzen deutschen Volkes liegen würden.

Der Reichsfinanzminister begrüßte es besonders, daß der neue Bund seine Interessen überparteilich darstelle. Das politische Neutrale sei im Sinne eines hohen Ideals aufzufassen, das Großes für das Wohl des Staates und Volkes erstrebe. Wenn dies geschehe, dann würden auch die Irrtümer und Gegenstände aufhören. Einheit des Reiches, Wohlfahrt der Länder und Wohlfahrt des gesamten deutschen Volkes, das sei, was mit dem Begriff „politisch neutral“ zu bezeichnen wäre.

Es würde für den Deutschen Beamtenbund keine Frage der Staatsform mehr geben. Die Verfassung sei da. Sie zu schützen und ehren, sei die Hauptpflicht des Beamtentums. Das Beamtentum sei im Grunde ein Beamtentum, das in den schlimmsten Zeiten des Vaterlandes den Gang der ruhigen Entwicklung erwidert. Das Beamtentum wäre geradezu zu Helfern des Vaterlandes geworden. Jetzt müßte an der Verfassung festgehalten werden. Sie müsse achtet und geehrt werden. Wenn auch die Republik gestürzt wäre, so sollte ihr doch vielfach die Achtung, die sie zu beanspruchen habe. Der Kanzler schloß seine Rede mit heraldischen Glückwünschen für die Vereinigung.

Sitzung des Auhenausschusses.

(Durch Funkdruck.)

Berlin, 8. Oktober. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute mittags wieder zu einer Sitzung zusammen, in der zunächst der Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Dell, über den Vermersheimer Fall sprach.